

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Sonntag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,00 Mark; durch die Post bezogen 2,25 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Arbeiter-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e. BmbH., Halle, Verdenstraße 11.

Herausgeber: Otto Kilian

Verlagspreis: 9 Geldspiegel 1. d. Millimetergröße u. Größe: 38 Gehspiegel 1. Rahmen im Textfeld. Manuskript zu richten nach Halle, Verdenstraße 11. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegramm-Adr.: Klassenkampf Halle. Postkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postfachkonto: Leipzig 100845 Fritz Koch, Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Dienstag, den 9. Dezember 1924

4. Jahrgang * Nr. 237

An die Partei!

Genossen!

Noch stehen die Stimmenergebnisse von 7. Dezember nicht endgültig fest, aber die bisherigen Ergebnisse haben der ganzen Welt gezeigt:

Die einzige Partei der werktätigen Massen, die kommunistische Partei Deutschlands, steht im Cheben. Der Kommunismus ist nach wie vor die unterschätzteste Ueberzeugung von Millionen deutscher Arbeiter.

Die Bourgeoisie und die Renegaten des Sozialismus überboten sich in Prophezeiungen über den Zusammenbruch der kommunistischen Partei — und nichts ist zusammengebrochen als der ganze erbärmliche, brutale Feldzug der Polizei, der Justiz und der schwarzgelben Knüttelgardien gegen die KPD. Kein Terror, keine Verleumdung, keine trügerischen Vorspiegelungen einer demokratisch-pazifistischen Herrschaft vermochte das Klassenbewußte Proletariat Deutschlands in seiner Treue zur proletarischen Revolution schwankend zu machen.

Die Partei hat sich als Millionenpartei der notleidenden Massen behauptet — trotz vieler hundert Jahre Judas und Gesinnungs gegen kommunistische Arbeiter, trotz Bestand auf kommunistische Funktionäre, trotz der Haftbetriebe gegen kommunistische Abgeordnete, trotz der Lügenhefte über kommunistische Gräueltaten und über die kommunistisch-deutschnationale Einheitsfront.

Genossen! Die Wahl in den Reichstagswahlen vor allem in Berlin, wo wir nur geringe Stimmenverluste erlitten, und in den Arbeitervierteln unsere Stimmen noch vermehren konnten — zeigen mit aller Deutlichkeit, daß die Klassenbewußte Arbeiterschaft unseren Kampf gegen den Dames-Plan versteht und zu unterstützen bereit ist.

Die Gewinne der SPD. erfolgten zum größten Teil aus Schichten des Kleinbürgertums. Wenn es der SPD. in einzelnen Bezirken noch einmal gelungen ist, größere Teile der Arbeiterschaft für die Dames-Politik einzunähen, so beweist das, daß unsere Genossen dort noch nicht genügend verstanden haben, den arbeitenden Massen den Sinn der verwerflichen Pläne der internationalen Bourgeoisie und ihrer sozialdemokratischen Hilfspolizei klarzumachen.

Genossen! Im ganzen zeigt das Wahlergebnis, daß wir die SPD. deren Hauptstützen die gewerkschaftlichen Mandatpositionen sind, noch stärker als bisher vor der breiten Masse durch gezielte Arbeit in den Betrieben und den freien Gewerkschaften als bürgerliche Partei entlarven müssen. Die Partei wird im Reichstag wie in den Landesparlamenten mit derselben Rücksichtslosigkeit, Unerbittlichkeit und Energie wie bisher den Agenten des Kapitals entgegenzutreten, ihren Betrug und ihre Verbrennen gegen die arbeitende Klasse enttrollen und die Massen außerhalb des Parlaments aufzufressen.

Berlin, den 8. Dezember 1924.

Genossen! Die Partei muß mit dieser Politik noch tiefer in die Masse dringen und muß sich zugleich mit der Mobilisierung der Arbeiter und aller Notleidenden organisatorisch immer mehr festigen. Die Millionen, die unsere Politik gutheißen haben, gilt es, näher an die Partei heranzuziehen. Sie müssen zu aktiven Kämpfern gewonnen werden. Verstärkung des Kampfes für unsere Ziele, Verstärkung unserer Arbeit in den Betrieben, in den Gewerkschaften und auf dem Lande, das sind Aufgaben, die uns gestellt sind.

Die politische Entwicklung weist der Partei einen Weg geistiger Arbeit!

Der höchste Wunsch der SPD. geht nun in Erfüllung: Ihre Führer werden wiederum in die Regierung einziehen, sie werden wiederum in der Großen Koalition vereint mit den Vertretern der Stimmenspartei für die Abwägung der Reparationslasten auf das Proletariat, nach den Vorschriften des Dames-Plans, arbeiten. Die kommende Koalitionsregierung wird nicht ein einziges Versprechen einlösen, das die SPD. im Wahlkampf gegeben hat. Das werden die Arbeiter, Angestellten und Beamten in den Betrieben Tag für Tag am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Die Steuerlasten, die Lohnarbeiter wie Kleinbauern erdrücken, werden noch weiter wachsen. Dadurch wird sich neben dem Industrieproletariat die ländliche Landbevölkerung auf neue davon überzeugen, daß die Kommunisten sie mit Recht davor warnen, eine Partei der Bourgeoisie, ob sie sich deutsch-national oder sozialdemokratisch nennt, zu wählen.

Genossen! Die Aufgabe der wirtschaftlichen Entwicklung der nächsten Monate, die Taten der neuen Parlamente und der neuen Regierung werden es unseren Genossen helfen zu machen, an den Werksstätten zu zeigen, daß sie von seiner bürgerlichen Partei etwas Gutes zu erwarten haben, daß ihnen nur der Kampf unter Führung der kommunistischen Partei helfen kann, nur von ihnen im Wahlkampf errichtete Regierung, die Regierung der proletarischen Diktatur.

Vorwärts zu neuer Arbeit, zu neuen Kämpfen!

Für die Gothaer Forderungen — Für die Forderungen der Köhner Konferenz!

Für den Achtstundentag!

Für angemessene Löhne, Gehälter und Sozialrenten! Gegen den Dames-Plan!

Für das Sachverständigengutachten der Arbeiter!

Für die Sozialregierung, für den Sturz der bürgerlichen Koalitionsregierung!

Für die Diktatur des Proletariats!

Für das Bündnis mit Sowjet-Rußland!

Die Zentrale der KPD.

(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Noch immer kein endgültiges Reichstagswahlergebnis

Das noch immer nicht endgültige Ergebnis der Reichstagswahl lautet:

	Stimmenszahl		Mandatszahl	
	Dez. 1924	Mai 1924	Dez. 1924	Mai 1924
Sozialdemokraten	778871	600573	130	100
Deutschnationale	6820228	6271263	110	106
Zentrum	4091593	3914379	68	65
Deutsche Volkspartei	3017132	2694357	50	45
Kommunisten	2679429	3698139	44	62
Demokraten	1902646	1655076	32	27
Deutsche Volkspartei	1111785	945248	19	16
Wirtschaftspartei	995723	693606	17	10
National-Sozial	891671	1218310	14	34
Dtsch.-Sannov.	238147	319792	4	5
Deutschn.-Sozial	75218	333422	—	2

Verdoppelung der kommunistischen Stimmen bei den heftigsten Landtagswahlen

Frankfurt, 9. Dezember.
Die Mandatsverteilung im heftigsten Landtag ist folgende:
Nat.-Soz. 1 (0), Dtsch. 5 (3), W. P. 1 (0), D. B. 8 (10), Ztr. 12 (13), Bauernbund 9 (11), Dem. 6 (5), Soz. 24 (26), Komm. 4 (2).

Ergebnis der braunschweigischen Landtagswahl
Braunschweig, 9. Dezember. Die Landtagswahl im Lande Braunschweig hat folgendes Ergebnis: Sozialdemokraten 18, Deutsch-

nationale 10, Kommunisten 2, Deutsche Volkspartei 10, Wirtschaftspartei 4, Weissen 1 Stg. Zentrum und U.S.P.D. gingen leer aus. Der Bürgerdiel hat mit 25 Stgen die absolute Mehrheit im Landtag.

Wahlen zur Bremer Bürgerschaft

Bremen, 9. Dezember.
Das Wahlergebnis zur Bürgerschaft ist in Bremen folgendes:
Nat.-Soz. 6403 (10963), Dtsch. 15026 (16099), W.P. 26527 (32759), Ztr. 4472 (3010), Dem. 17703 (19252), Soz. 57694 (44568), Komm. 14021 (28142), Haus- u. Grundbes. 11965 (-), Bodenref. 1911 (-).

Kommunisten gewinnen 20 Mandate im Preussischen Landtag

von 27 auf 47 geklärt!
Berlin, 8. Dezember. Das amtliche Ergebnis der Wahlen zum Preussischen Landtag gestaltet sich wie folgt:
National-Sozial (Rubendorff) 425000 12 Bisher 0
Deutsch-Sozial (Kunze) 76000 0 " 0
Deutschnationale 407100 111 " 77
Wirtschaftspartei des Mittelstandes 393090 10 " 4
Deutsche Volkspartei 173300 50 " 57
Zentrum 288500 79 " 79
Demokraten 101300 26 " 26
Sozialdemokraten 419000 116 " 136
Kommunisten 214300 47 " 27
Weissen (Dtsch. Sannov. P.) 242000 6 " 8

Und was nun?

Halle, 9. Dezember.

„Im kommenden Reichstag wird ein anderer Wind wehen und den dampfen Wobler verwehter Aufstellungen in sozialer, wirtschaftlicher und ausgrenzender Hinsicht kolossal ändern.“ (Kritikblatt am Montag)

Die schwarzrotgelben Organe im ganzen Reich, an ihrer Spitze die sozialdemokratische Presse, schmelzen im Jubel über ihren angeblichen „Sieg“. Zwar mischt sich in diesen Freudenbecher ein bitterer Vermutungsstropfen, die erfolgreiche Behauptung der kommunistischen Millionenpartei, aber trotzdem nimmt diese Clique politischer Gespielsmacher, die Ministerstempel verteilt, den Mund recht voll.

Nur über einen Punkt haben sie sich merkwürdigerweise alle ausgeschrieben: über das, was nach den Wahlen geschehen wird! Als in der kommunistischen Presse Ruth Fischer bereits vor Tagen diese Frage aufwarf, erfolgte ein wütender Angriff, vor allem der sozialdemokratischen Presse, gegen sie. Darüber durfte eben, nach dem Willen der bürgerlich-sozialdemokratischen Wahlschwinder, vor den Wahlen nicht gesprochen werden. Es hätte der deutschen Arbeiterschaft und den deutschen Kleinbürgermassen sonst einmal der Gedanke aufkommen können, daß die hochwürdige politische „Geschäftsblatt“ am 7. Dezember im Grunde um gar keine politische Frage, sondern um den Regierungs- und Ministerwechsel der einzelnen kapitalistischen Claque im Reichstag ginge. Wir haben das seit der Auflösung des Reichstages betont, gegenüber allen Bürgerparteiern vom „Kampf zwischen Schwarz-Weiß-Rot und Schwarz-Rot-Gelb“. Heute bereits zeigt sich, daß wir recht hatten.

Denn kaum ist der „Wille des Volkes“ bekannt geworden, kaum ist die Stärke der Parteien im neuen Reichstag festgestellt, da nimmt das politische Angezeiger bereits die heuchlerische Maske der süßen Wahlerpropheten ab und zeigt seine wahre Fratze. Und lo hat der Kampf um die feste Regierungssprünge bereits heute begonnen.

Das sprechen offen die bürgerlichen Blätter, als Sprachrohr ihrer Parteien aus, die sich bereits in großen Urteilen über die Zusammensetzung der künftigen Regierung ausgesprochen. Wie ein kluger Geschäftsmann verhalten sie sich vorsichtig abnehmend gegenüber der Sozialdemokratie. Nicht etwa, weil sie gegen eine Koalition mit den Ebert-Resubstantieren Bedenken hegen, sondern um die Forderungen der Sozialdemokratie bei Verteilung der Staatsunterstützung etwas zu dämpfen. Erträglich, sich um jeden Preis anbietend, benimmt sich dagegen die SPD. Der „Vorwärts“ umwirbt bereits die Deutsche Volkspartei und weist auf die Verdienste der Sozialdemokratie für die Bourgeoisie hin. Verständig noch nicht ganz offen. Aber es kann kein Zweifel daran bestehen, daß seine Stellungnahme eine direkte Andeutung an die Streikmassen-Sprache bedeutet.

So heftig die Diskussion über die Zusammenfassung der neuen Regierung entbrannt ist, so wenig herrscht Meinungsverschiedenheit über ihr Programm. Und das ist das Entscheidende! Die Grundlage jeder zukünftigen bürgerlichen Politik in Deutschland ist mit dem Dames-Plan gegeben. Und sie alle, Sozialdemokraten, Deutschnationale, Volksparteier und Demokraten, stehen hinter der Durchführung dieses Planes und stehen damit ein für seine Folgen, unerträgliche Belastung der deutschen Massen durch erhöhten Steuerdruck, Preissteigerung, tiefe Erwerbslosigkeit durch Verengung der deutschen Produktion, Beamtenabbau, industrielle Auslieferung der deutschen Industrie in die Hände der ausländischen Industrienationen. Darüber, und über den drohenden Lebensmittelmangel der Großarbeiter, die weiterhin eifrige Arbeit der Junktaguillotine gegen die rebellierenden Volksmassen — über all diese Fragen wird nicht diskutiert. Und braucht nicht diskutiert zu werden, weil über die bei allen Parteien, die nun heute um ihren Anteil an der Regierungsherrschaft streiten, völlige Einmütigkeit herrscht. Damit entfällt die „Kampfbild“ vom 7. Dezember als eine geistliche Baumrängelt. Darüber, wie die deutschen Massen im Interesse des internationalen Kapitalismus beherrscht werden sollen, besteht keine Meinungsverschiedenheit.

Deshalb ist auch obiges Zitat aus dem „Kritikblatt“ eine niederträchtige Wählhilfe, bei der es jedem bedenkenden Arbeiter über werden muß. Auch das „Kritikblatt“ weiß ganz genau, daß der kommende Reichstag nichts über den Rahmen der Dames-Verleumdung hinaus den Massen bieten kann. Es weiß, daß die Sozialdemokratie, die heute nach der Stimmens-Koalition drängt, sei es als offenes Mitglied, sei es als stiller Teilhaber, darauf nichts ändern wird und auch nichts ändern will.

Die Frage: Und was nun? ist nicht die Frage des gegenwärtigen parlamentarischen Aufstandes, sondern der kommenden parlamentarischen Kämpfe, denen die deutschen Werktätigen entgegengehen. Zu ihnen ist die kommunistische Partei gerufen. Und mehr als bisher wird sie ihre Arbeit in den Betrieben, Gewerkschaft, in Stadt und Land zur Unterstützung der Arbeiter und Beamten Wredung halten und den politischen Gannern, die da glauben, sie könnten die deutschen Volksmassen auf die Dauer mit ihren Wahlsprechen betrogen.

Streits und Massenentlassungen

Der deutsche Baubeamtenverein lehnt den Streikspruch ab

(Eig. Drahtk.) Berlin, 8. Dezember.
Der am 20. November d. J. unter Vorsitz des Ministers als 2. Schlichter als Schlichter für die Monate Dezember bis Februar im Bauwerke geprüfte Streikspruch ist nach Befragung des einzelnen Christlichen am heutigen Montag von der Organisation des deutschen Baubeamtenvereins abgelehnt worden mit der Begründung, daß die eingehenden Schlichterentscheidungen in keiner Weise der wirtschaftlichen Notlage der Bau- und Baufunktionsentsprechend.

Beworbenen Massenentlassungen bei den Mannesmann-Werken

Saarbrücken, 8. Dezember.
Wie aus Saarbrücken gemeldet wird, sollen bei den Mannesmann-Werken in Saarbrücken in den nächsten Tagen Massenentlassungen von Arbeitern vorgenommen werden. Die Verweigerung, außer den bereits von 600 Arbeitern auf die Straße zu gehen. Durch diese Massenentlassungen hofft man, die Arbeiterzahl für die Verlegung der Arbeitszeit und für die Lohnzahlung zu senken.

800 Metallarbeiter ausgeperrt

Saarbrücken, 8. Dezember.
Da die Verhandlungen aus Anlaß der Kündigung von 800 Metallarbeitern der Eisenwerke Auzanischen (Saar-gebiet) erfolglos verlaufen sind, wurde ein Teil des Werkes durch die Arbeiterbesetzung für einige Wochen zur Einstellung der Arbeit geschlossen. Ein Hofschloß wurde besetzt. Der Streik der Gesamtbelegschaft ist zu erwarten.

Daimler sperrt 1200 Arbeiter aus

(Eig. Drahtk.) Stuttgart, 8. Dezember.
Die Belegschaft der Firma Daimler-Industrie in Stuttgart, um ihren von der Firma Daimler angekauften Schweißmaschinen Bauarbeiten zu versehen, wurde im Verlauf der Verhandlungen auf dem Streik zur Entlassung gezwungen. Die Firma Daimler hat die Entlassung von ca. 1200 Arbeitern beschlossen.

Ein Hoffknecht Arbeiter niedergelassen

Hoffknecht, 7. Dezember.
Am Sonntagabend 28. Juli ist ein Jungbrotmann am hohen Rittergut von Zimmern am Main (Hessen) eine Kugel in den Kopf und verletzte ihn schwer. Der Handjäger Geier begründete die Tötung dieses Strolches. Kattisch wird es jetzt dargestellt, als wenn es sich um einen mehr gehandelt hätte. Wäre der Täter ein Kommunist gewesen, man hätte ihn sofort die Handhaken angelegt. Arbeiter Hoffknecht, der sich bei diesen Verbrechen die Augenrollen lieh, organisiert sich in einem Komitee für die Verurteilung des Mordes. Ein Komitee aus den Reihen der Hoffknechte wurde gebildet, um den Mord zu untersuchen.

Überall neue Verhaftungen nach der Wahl

(Eig. Drahtk.) Düsseldorf, 8. Dezember.
Der kommunistische Rebellent Döhl wurde am 8. Dezember, morgens 8 Uhr, auf dem Wege zur Redaktion durch drei Kriminalbeamte verhaftet, ohne daß ein Grund dafür angegeben worden ist.
(Eig. Drahtk.) Leipzig, 8. Dezember.
Am Sonntagmorgen wurde in der Wohnung des Reichstagsabgeordneten Gewerken 219 in Leipzig ein Verhaftungsbefehl gegen den Leipziger Parteimitglied, das Strafmaß am letzten Tage der Wahl zu unerschöpfen sein würde, sich in seiner Wohnung aufzuhalten.

(Eig. Drahtk.) Chemnitz, 8. Dezember.
In Chemnitz fanden erneut Verhaftungen bei kommunistischen Funktionären statt. Es wurden verschiedene Schriften und Waffen gefunden.

Die endgültigen Ergebnisse in den Reichswahlkreisen

1. Reichswahlkreis Potsdam II.
Im Wahlkreis II entsaßen auf die 339 491, Dnafi. 250 922, Ztr. 31 364, Romm. 103 429, D. Sp. 77 403, Nat.-Soz. 28 916, Dem. 118 214, W. P. 21 235, DföP. 15 465.

4. Reichswahlkreis Potsdam I.
Ar. Preussler, Angermünde, Oberharnim, Niederharnim, Väterbog, Potsdam, Brandenburg.
Nat.-Soz. 25 535 (50 664), DföP. 996, Dnafi. 282 728 (283 207), W. P. 43 619, D. Sp. 71 146 (68 423), Ztr. 22 362 (19 047), Dem. 57 408 (44 947), Nat.-Soz. 273 346 (197 277), WföP. 5 108 (16 810), Romm. 199 146 (113 546), Nat.-Soz. 677, DföP. 774, Bauerler 421 (836), W. P. 1457 (-), W. P. 1026.

5. Reichswahlkreis Frankfurt a. O.
Regbez. Frankfurt a. O., Ostf. Vollen-Metzergraben.
Abgegeben wurden 834 870 Stimmen (817 544), davon erschienen Dnafi. 319 011 (281 396), Soz. 233 203 (164 136), WföP. 90 732 (65 363), Ztr. 52 776 (51 545), Dem. 38 809 (35 193), Romm. 36 484 (35 368), Nat.-Soz. 25 669 (40 350), W. P. 17 790 (19 184), DföP. 10 351 (24 612), Polen 8657 (66 10), WföP. 2406 (6845).

6. Reichswahlkreis Pommern.
Regbez. Stettin, Anst. Ostpr. Ostpr.
Nat.-Soz. 36 267 (86 130), DföP. 5793 (18 250), Dnafi. 443 247 (413 966), W. P. 20 552 (19 942), D. Sp. 58 545 (57 524), Ztr. 9623 (5590), Dem. 35 511 (32 875), Soz. 221 515 (169 570), Romm. 52 355 (21 841), Polen 964 (2358), DföP. 1821 (8036), Bauerler 206 (1359), W. P. 12 459 (-).

7. Reichswahlkreis Breslau.
Regbez. Breslau (Erlag, Glatz, Schwednitz, Striegau, Waldenburg, Wohlau).
Es wurden 956 122 (944 472) gültige Stimmen abgegeben. Davon erschienen auf die 339 750 (234 375), Dnafi. 275 894 (271 075), Ztr. 158 377 (178 370), D. Sp. 73 327 (69 047), Dem. 44 351 (38 287), Romm. 28 268 (38 540), DföP. 11 071 (17 060) (38 406), DföP. 13 530 (15 555), Nat.-Soz. 13 491 (39 805).

8. Reichswahlkreis Bielefeld.
Regbez. Bielefeld (Bielefeld, Gieseler, Grönberg, Hülshof, Lauer, Landesut, Spröttau, Lübbecke, Sagan).
Es sind abgegeben worden für die 307 582, Dnafi. 175 635, Ztr. 59 318, Romm. 19 874, D. Sp. 50 281, Nat.-Soz. 8683, Dem. 45 337, W. P. 25 433 Stimmen. Es erschienen demnach auf die 307 8 auf die Dnafi. 3, auf die Ztr. die D. Sp. und die Dem. je ein St. Demnach hat sich im Wahlkreis Bielefeld nichts geändert.

13. Reichswahlkreis Schleswig-Holstein.
Abgegeben wurden 706 063 Stimmen gegenüber 750 618 am 4. Mai. Davon erschienen: Dnafi. 353 640 (232 776), Soz. 233 887 (187 210), D. Sp. 111 882, WföP. 56 457 (60 700), Romm. 51 798 (18 985), Nat.-Soz. 19 581 (55 408).

Ist Haarmann ein Werkzeug des Grans?

Das Zeugenerhör

Der 3. Verhandlungstag

Sannover, 8. Dezember.

Während der Pause schleppt die Gerichtsbühne eine große Kiste, sowie mehrere Kartons, gefüllt mit Menschenhäuten und Knochen, in den Gerichtssaal... Die Schädel und ein Teil der Knochen wurden auf dem Jungentisch aufgestellt.

1.10 Uhr begann die Verhandlung.
Der Verteidiger des Angeklagten Grans hielt eine französische Zeitung in der Hand, in der ein „märchenhafter“ Bericht über die Greuelthaten des Haarmann stand und anderem behauptet wurde, Haarmann hätte in seinem Laden ein Schild hängen gehabt mit der Aufschrift: „An Belgier und Franzosen wird nichts verkauft!“ Der Zweck dieser Zeitungsmeldung sei gemein, den Franzosen zu beneiden, daß Haarmann aus nationalfeindliche Propaganda geschrieben hätte.

Vorliegender: Haarmann, haben Sie ein solches Schild in Ihrem Laden gehabt? Aber ja, ich weiß, hatten Sie doch überhaupt keinen Laden.
Haarmann: Nein, ich hatte keinen Laden, ich habe nur etwas von Weinert gebohrt. (Lachen im Zuhörerraum.)
Vorliegender: Wie kann aber eine französische Zeitung so etwas schreiben?
Haarmann: Die sind ja verrückt!

Man begann die Zeugnenernehmung.
Der Sachverständige, vernehmten, der Gerichtsarzt ist, und zu dem letztgenannte das von den beiden Wädhern bei Haarmann entworfene Fleisch zur Untersuchung gebracht wurde.
Zeuge Dr. Schackiwitz: Wenn eine Begutachtung abgegeben werden soll, kommt die Polizeibehörde immer zu mir. Kriminalkommissar Müller brachte mir in Zeitungspapier eingewickeltes Fleisch, ich sollte es untersuchen, ob es Menschenfleisch ist. Es handelte sich um Schwarten, die circa 12 Zentimeter lang waren. Es war mir sofort klar, daß es Tierfleisch sein mußte, ich weiß nur nicht, ob es Kalb- oder Schweinefleisch war. Ich noch daran, aber es war geruchlos; ich hatte auch damals den Schnupfen.
Vorliegender: Wurde Ihnen damals gesagt, wo das Fleisch herkam?

Zeuge: Ja, aber ich kannte damals Haarmann noch nicht.
Vorliegender gibt aber zu, daß der Name Haarmann damals schon bekannt war. Den Wädhern, die mit im Zimmer waren, erklärte der Zeuge, daß es kein Menschenfleisch sei.
Vorliegender: Sind Sie auch heute noch der Überzeugung, daß es kein Menschenfleisch ist?
Zeuge: Selbstverständlich. An dem Fleisch waren ja auch keine Haare. Wenn Haare daran gewesen, so kann man durch das Mikroskop leicht feststellen, ob Tiere sie angehören. Ich muß sogar sagen, daß es überhaupt kein Fleisch war, sondern nur Schwarten!

Der nächste Zeuge ist der Medizinalrat Dr. Brand, der sein Gutachten über die in der Medizin und in Georgengärten gefundenen Knochen abgegeben hat.
Der Zeuge nahm einzelne Knochen vom Jungentisch und zeigte dem Gerichtshof die noch sichtbaren Messerschnitte. Er sagte, daß die Knochen sehr gelblich von dem Mörder gefärbt wurden.
Vorliegender: Haarmann, wollen Sie auch die Knochen sehen?

Haarmann (mit beiden Händen abwinkend): Nein, nein, die kenne ich schon.
Medizinalrat Dr. Brand schloßerte dann den Unterschied zwischen den Knochen eines erwachsenen Menschen, und denen eines Jugendlichen.
Zeuge: Die hier liegenden Knochen sind größtenteils von jugendlichen Personen.

Es schloß sich eine längere Auseinandersetzung über den Begriff „Trampeln“ Grans erklärt, daß „trampeln“ die Art bedeutet, wie man einem die Sachen abnimmt. „Trampeln“ heißt aber keine betrieblische Manipulation voraus.
Haarmann gibt zu, Hannappel getötet zu haben.
Es folgt

Hell Adolf Hennies

Seb. 10. Dezember 1904, vernicht seit September 1923.
Haarmann wiederholt seine Behauptung aus der gefirgten Sitzung, daß Grans und Wittfollt in den Hennies ermordet hätten. Grans hätte ihn getötet, ob er kein Zimmer mal bekommen könnte. Das habe er gefehlt. Als er dann nach Hause kam, lag die Leiche in seinem Zimmer. Er habe mit Hennies gar nicht gefant haben. Wenn er ihn getötet hätte, hätte er doch den Blig am Halle gehabt.
Grans behauptet, den vernicht Hennies nicht zu kennen. Haarmann zeigte ihm den Mantel zum ersten Mal bei Frau Engel mit den Worten: „Ich habe jetzt aber einen neuen Mantel!“ Er hat dann Grans, den Mantel des Mantel an Dreißig Jahre zu vernichten. Grans schloßerte die näheren Umstände und befreit

14. Reichswahlkreis Meier-Eme.

Regbez. Aurich (Emden, Wittmund, Leer, Weener), Regbez. Dsnardbr. (Weppen, Dingen, Bentlin, Melle), Kreislaas-Bremen, Oldenburg.
Abgegeben wurden 676 397 (660 000) Stimmen, davon erschienen Soz. 171 939 (137 472), Ztr. 137 124 (128 691), Dnafi. 108 162 (102 868), D. Sp. 106 277 (93 233), Dem. 66 656 (56 741), Nat.-Soz. 32 649 (45 993), Romm. 30 842 (31 278), WföP. 14 913 (17 901), Eyr-Soz. 3239 (19 190), DföP. 1722 (3937), DföP. 1591 (3697).

15. Reichswahlkreis Oldenburg.

Regbez. Stade (Lehe, Geestemünde, Verden, Jansen, Bremervörde), Regbez. Lüneburg (Gelle, Saltau, Helzen, Löhsum, Herzburg).
Gesamtstimmenzahl: 501 839 (504 713). Soz. 141 244 (107 486), Dnafi. 104 991 (77 692), WföP. 125 385 (152 585), D. Sp. 57 294 (45 358), Romm. 22 301 (38 864), Nat.-Soz. 21 654 (43 427), Dem. 20 156 (19 216).

16. Reichswahlkreis Südhannover-Beunshweig.

Regbez. Hannover (Diepholz, Hoya, Sulingen, Rind, Hameln), Regbez. Hildesheim (Helsa, Goslar, Göttingen, Mirnden, Istar, Rothheim), Kreislaas-Beunshweig.
Soz. 388 552 (304 481), Dnafi. 166 076 (152 622), D. Sp. 145 230 (129 246), DföP. 69,000, 117 861 (139 538), Ztr. 51 891 (49 341), Dem. 45 451 (44 808), Romm. 44 887 (58 218), Nat.-Soz. 30 807 (77 168).

17. Reichswahlkreis Westfalen-Nord.

Regbez. Münster (Steinfurt, Bedum, Teufensberg, Büdinghausen, Reddinghausen), Regbez. Minden (Bielefeld, Raderborn, Herford, Lübbecke, Büren, Höxter), Kreislaas-Schaumburg-Lippe, Bormont.
Soz. 234 673, Dnafi. 170 197, Ztr. 348 534, Romm. 53 797, D. Sp. 83 040, BföP. 16 773, Dem. 36 350, WföP. 11 333, DföP. 11 110, Polen 3357, Bauerler 157, DföP. 2706, Aufwertaungsart 22 746, WföP. Soz. 10 402, WföP. 1768.

18. Reichswahlkreis Westfalen-Süd.

Regbez. Arnsherg (Dorrmund, Lipplath, Gellentirchen, Sagen, Hamm, Pattlingen, Herle, Nierlein, Siegen, Seel, Witten), Regbez. Wiesbaden (Limburg, Dödt, Wingen, Frankfurt a. M., Biebrich).
Freistaat Wäldes.
Abgegeben wurden 1 274 135 Stimmen. Ztr. 350 761 (333 074), Soz. 317 405 (204 430), Romm. 153 390 (278 290), D. Sp. 154 056 (150 442), Dnafi. 152 229 (157 221), Dem. 76 509 (57 058), W. P. 18 429, Nat.-Soz. 14 205, WföP. 10 740 (21 077), Chrifl.-Soz. 8219 (24 366), W. u. N. 2688.

19. Reichswahlkreis Hessen-Nassau.

Nat.-Soz. 29 068 (58 628), Dnafi. 225 525 (190 000), W. P. 25 660 (13 535), D. Sp. 152 161 (175 900), Ztr. 201 038 (200 000), Dem. 89 271 (93 000), Soz. 373 692 (221 000), WföP. 5028 (39 297), Romm. 83 811 (58 288), Z. P. 7 744 (2075), Bauerler 245 (309), WföP. Beteiligung: 89 Prozent.
Regbez. Kassel (Eschwege, Homburg, Warburg, Fulda, Herzfeld, Gröbhar, Weilungen).
Nat.-Soz. 29 068 (58 628), Dnafi. 225 525 (190 000), W. P. 25 660 (13 535), D. Sp. 152 161 (175 900), Ztr. 201 038 (200 000), Dem. 89 271 (93 000), Soz. 373 692 (221 000), WföP. 5028 (39 297), Romm. 83 811 (58 288), Z. P. 7 744 (2075), Bauerler 245 (309), WföP. Beteiligung: 89 Prozent.
Regbez. Köln (Custirichen, Bonn, Wipperfurth, Siegfried, Müllheim).
Regbez. Aachen (Düren, Erftkreis, Eupen, Jülich, Gellentirchen, Weinsberg).
Ztr. 484 701 (438 661), Soz. 138 468 (91 789), Romm. 79 459 (129 155), D. Sp. 72 383 (70 316), Dnafi. 64 692 (66 882), Dem. 32 287 (25 494), W. P. 29 258, W. P. f. Volkshilf. 8556, Nat.-Soz. 5238 (13 171), WföP. 3128, W. u. N. 5183, DföP. 1187.

22. Reichswahlkreis Düsseldorf-Düsseldorf.

Stadt- und Landkreise Effen, Stadt- und Landkreise Düsseldorf, Eberfeld, Barmen, Kemlich, Remmer, Solingen.
Von den 742 853 gültigen Stimmen entsaßen auf das Zentrum 25 391, auf die Kommunisten 213 440, die Sozialdemokraten 153 585, die Deutschnationalen 153 052, die Deutsche Volkspartei 103 500, die Demokraten 45 268, den Wirtschaftsbund des deutsch. Mittelstandes 32 283, die Nationalpol. 16 339.
Regbez. Cleve, Erftkreis, Duisburg, Wäldesheim a. R., Hamborn, Wörs, M.-Gladbach.
Soz. 107 161 (79 184), Dnafi. 87 228 (81 720), Ztr. 332 178 (306 120), Romm. 95 394 (142 217), D. Sp. 73 856 (68 789), Nat.-Soz. 7276 (19 794), Dem. 26 900 (21 900), W. P. 38 287.
23. Reichswahlkreis Westfalen.
Soz. 147 766 (120 125), Dnafi. 113 054 (116 185), Kommunisten 26 378 (48 569), D. Sp. 47 069 (35 247), Nat.-Soz. 51 866 (92 880), Dem. 26 142 (22 264), W. P. 12 400.

ganz entschieden, von der Ermordung Hennies etwas zu wissen.
Vorliegender: Haarmann, Sie haben früher angegeben, den Mantel in einer Wirtschaft gekauft zu haben?
Haarmann: Das habe ich getan, um Grans zu schonen. Ich meine, ich will ja gerne sterben, für mich ist das eine Erlösung. Ich wollte alles auf mich nehmen, aber wenn Grans nicht jubelt, daß er mich betrogen in Licht, daß er mich meinen schickte, habe ich keine Ursache, ihn zu schonen.
Der Verteidiger des Grans betont, daß es ja gerade darauf hinausläuft, als ob der 20 Jahre jüngere Grans der Vorkommnis Haarmanns sei.
Der Vorlesende erwidert, daß wenn man die beiden Personen hier beurteile, so ergäbe sich eine große geistige Uebereinstimmung des Grans.
Der Verteidiger gibt das zu unter der Voraussetzung, daß ein Komödientenspiel des Haarmann ausgeschlossen sei. Das sei aber bei einem Vergleich seines Benehmens in den beiden Tagen nicht annehmlich.

Fall Ernst Spieker

Geboren 15. September 1906, vernicht seit Januar 1924.
Vorliegender: Kennen Sie den jungen Mann nach dem Bilde?
Haarmann: Nein.
Vorliegender: Grans, kennen Sie ihn?
Grans: Nein, ich habe die verschiedensten Sachen von ihm gekauft.
Haarmann gibt zu, Spieker ermordet zu haben.

Fall Heinrich Koch

Geboren 22. September 1913, vernicht seit 15. Januar 1924.
Haarmann gibt zu, Koch ermordet zu haben.

Fall Willi Senger

Geboren 8. Juli 1900, vernicht seit 2. Februar 1924.
Haarmann befreit, Senger ermordet zu haben.

Fall Speichert

Geboren 21. April 1908, vernicht seit 8. Februar 1924.
Haarmann gibt diesen Fall zu.

Fall Hohgräfe

Vernicht seit 8. April 1924.
Vorliegender: Haarmann, Sie haben früher die Möglichkeit behauptet, Hohgräfe getötet zu haben.
Haarmann: Wenn ich das gesagt habe, wird es schon stimmen.

Fall Herm. Bod

Geboren 20. September 1901, vernicht seit 10. August 1921.
Diesen Fall befreit Haarmann.

Fall Wilhelm Apel

Haarmann gibt den Mord zu.

Fall Wihel

Geboren 8. März 1906, vernicht seit 26. April 1924.
Haarmann gibt ohne weiteres zu, daß er ihn umgebracht hat.

Fall Heinz Martin

Geboren 30. Dezember 1909, vernicht seit 9. Mai 1924.
Haarmann gibt den Mord zu.

Fall Friedrich Wöbeling

Geboren 14. Dezember 1913, vernicht seit Mai 1924.
Haarmann behauptet, Wöbeling überhaupt nicht zu kennen. Er habe beim Ausgehen der Jungen nicht nach dem Alter, sondern nach der Entwicklung gesehen.

Fall Friedrich Koch

Geboren 24. Mai 1908, vernicht seit 3. Juni 1924.
Haarmann gibt ohne weiteres zu.

Fall Erich de Vries

Geboren 17. März 1907, vernicht seit 13. Juni 1924.
Haarmann gibt ebenfalls ohne weiteres zu.

(Die Verhandlung dauert an.)

Versteigerung der Halle...

Ortsgruppe Halle... Dienstag, abends 8 Uhr...

Veranstaltungen des Roten Frontkämpfer-Bund

Ortsgruppe Halle

Jugendturn, Werktag, abends 8 Uhr... Sonntag, abends 8 Uhr...

Saalfeier

Saalfeier, abends 8 Uhr... Kreis Feiern...

Bekanntmachung

Der von der Aufsichtsbekanntmachung... 4. Dezember 1924.

Konsumverein für Ammendorf u. Umgeg.

Table with columns: Bezeichnungen, Ertrags-Bilanzen zum 1. Januar 1924, Verbindlichkeiten. Rows include Kasse-Konto, Gebäude-Konto, etc.

Rechnungsabgleich zum 30. Juni 1924

Table with columns: Bezeichnungen, Rechnungsabgleich zum 30. Juni 1924, Verbindlichkeiten. Rows include Kasse-Konto, Waren-Konto, etc.

Ertrags- und Verlustkonto

Table with columns: Bezeichnungen, Ertrags- und Verlustkonto. Rows include Allgemeine Umlagen, Abgrenzungen, etc.

Der Vorstand: Richard Fricke, Karl Krich, Karl Goez...

Der Aufsichtsrat

A. Sarius, D. Wöhe, H. Wöhe, H. Franke, H. Weinmann...

Mitgliederbewegung

Table with columns: Bestand am 1. Juli 1923, Im Laufe des Jahres eingetreten, etc.

Advertisement for 'Schwan im Blauband' margarine. Includes image of a child, a box of margarine, and text: 'Gebt euren Kindern nur das Beste! Für Ihre Kinder haben Sie bestimmt alles übrige...' Price 50 Pfennig.

Stadt-Theater advertisement for 'Der Zigeunerbaron' and 'Märchen auf Wunsch'.

Chr. Brenner advertisement for 'Strümpfe aller Art' and 'Stickerien, Seidenbänd'.

Lichtspiele Biekeritz advertisement for 'Polikuschka' and 'Ein gefährliches Abenteuer'.

Advertisement for 'Bruno Paris' mattresses and bedding.

Schlafzimmer Schaible advertisement for 'Schlafzimmer Schaible'.

Astoria, Weissenfels advertisement for 'Astoria, Weissenfels'.

Lichtspiel-Theater Wittenberg advertisement for 'Fatty als Ehebrecher'.

Drei Monate verboten 'Der Knüttel' advertisement.

Felle, Wollw., laut 1373 advertisement.

A. Weise, Weissenfels advertisement for 'A. Weise'.

Geistige Arbeiterzeitung advertisement.

Schreibwaren advertisement for 'Schreibwaren'.

Weissenfels advertisement for 'Weissenfels'.

Hausbesuche advertisement for 'Hausbesuche'.

Schnell-Befehlantalt advertisement for 'Schnell-Befehlantalt'.

Schreibwaren advertisement for 'Schreibwaren'.

3 Freizeiten advertisement for '3 Freizeiten'.

Herzerverein, Merseburg e. V. advertisement for 'Herzerverein, Merseburg e. V.'.

Wilhelm Wunderlich advertisement for 'Wilhelm Wunderlich'.

Schreibwaren advertisement for 'Schreibwaren'.

Weihnachts-Ausstellung advertisement for 'Weihnachts-Ausstellung'.

Parteien und Klassen im Spiegel der Reichstagswahlen advertisement for 'Parteien und Klassen im Spiegel der Reichstagswahlen'.

Hohl, Fein-Schleiferei advertisement for 'Hohl, Fein-Schleiferei'.

Damenhandtaschen advertisement for 'Damenhandtaschen'.

Eisleben Arbeiter-Kindertanz advertisement for 'Eisleben Arbeiter-Kindertanz'.

Damenhandtaschen advertisement for 'Damenhandtaschen'.

Unsere Trägerinnen lastieren in diesen Tagen und bitten wir daher, den Betrag bereitzulegen

Halle und Saalkreis

Selig sind, die Mandate haben (Ziel 93,6)

Kammern haben sich die Kommunisten im vergangenen Wahlkampf geslagen, dem Terror der Herrschenden zum Trotz. Die Kommunistische Partei hat an die 2 1/2 Millionen Arbeiterwähler hinter sich, die 2 1/2 Millionen, die gewillt sind, den kommunistischen Kampf zu verfolgen.

Für die SPD. war es allerdings ein bitterer Schlag, als sie am 4. Mai von rund 175 auf 100 Mandate zurückging. Für eine parlamentarische Partei wie die SPD., war das ein so tödlicher Schlag, daß ihr Verbleib nicht nur von Zeit zu Zeit wieder ein wenig auflockert. Über dieses Auflockern ist nur ein Zeichen des nicht aufzuhörenden Niederganges.

Als Kommunisten im Wahlkampf zu kämpfen, sind Mandate nicht auf die zurückgezogenen Mandate des vorigen Jahres zu sehen und zu wägen, wie das die SPD. tut. Wir Kommunisten wissen, in welcher Situation wir die Wahlen durchgeführt haben. Wir kennen und haben den brutalsten Terror am eigenen Leib gespürt. Daher wissen wir, daß es ein gar nicht zu überschätzender Erfolg ist, die Wahlen unter diesen ungünstigen Umständen mit 2 1/2 Millionen Stimmen auf die SPD. zu vereinigen.

Die SPD. denkt sich triumphieren zu können. Aber zu dieser Zeit, mit welchen Mitteln versuchen sie den Reiz der SPD. zu verlieren? Das "Volksblatt" bemüht sich kämpfhaft, den Erfolg der SPD. zu verhehlen. "Nationalkommunisten", um heißt es da. Dann spricht das "Mitteltageblatt" — das von den niedrigen Stufen nationaler Demokratie — die Kommunisten hätten nur 26 Mandate. Das "Volksblatt" weiß jedoch sehr wohl, daß die 26 Mandate keine Mandate sind. Wir wissen, daß der Wahlzensus der SPD. — auf die tendenziöse Entzerrung von Wahlergebnissen durch das "Mitteltageblatt" wollen wir nicht eingehen. Festhalten wollen wir nur, daß es ausgeschlossen ist, in einem Kummer derartig viele "Druckfehler" in Zahlen zu haben, insbesondere, als immer etwas zugunsten der SPD. "verdunkelt" wird.

Dann wollen wir auf den Leitartikel der "Allgemeinen Zeitung" eingehen, der u. a. folgenden Absatz hat, den wir kommentarlos abdrucken:

Die Kommunisten sind mit rund 20 Stimmen gegen bisher 62 praktisch so gut wie erledigt. Das bedeutet, daß die eigentliche Revolution bei uns vorbei ist. Und nicht nur bei uns, denn Du wirst es wissen, wie sehr England und auch Frankreich jetzt mit den Sowjetländern ins Zeug gehen, und wenn Deutschland, Italien, Frankreich, England diese Herrschaften ausheult, dann ist es mit dem Kommunismus überhaupt vorbei: gegen die vier Großmächte kann er nichts machen. Ich denke, das wird ihm auch in England demnächst der Rest geben.

Die "Allgemeine Zeitung" von heute morgen geht darauf ein, den "Siegen" der SPD. zu bejubeln und stellt fest, daß die Wähler der SPD. sehr zu begreifen sind. Die "S. 3" meint, daß diese Wähler, die radikale Tendenz in die Partei hineintragen können. Wir können der "S. 3" nur sagen, daß die SPD. nicht "radikalisiert" werden kann, daß sie vielmehr würdig ist, sich auf dem Höhe der Deklassation niederzulassen, in die größte Reaktion aufgenommen zu werden.

Was die Wählermassen anbetrifft, die am 7. Dezember für die SPD. stimmten, so werden diese bald aus dem Rerrat der SPD. fallen und bald zu Millionen hinter dem Banner der proletarischen Revolution der SPD. stehen. Was christlichen, proletarischen, revolutionären Werten hat, kämpft gemeinsam mit der SPD. für die proletarische Revolution. Da die proletarische Revolution heute auf der Tagesordnung abgelegt werden kann, werden bald in einheitlicher Kampffront die Millionenmassen des deutschen Proletariats gegen die SPD., hinter der Kommunistischen Partei stehen. Der Bourgeoisie und ihren Lakaien überlassen wir es, sich zu fügen: Ausgerechnet Mandate!

Der hallische Polizeibericht meldet: Der Wahlkampf am 6. und 7. Dezember verlief im hiesigen Stadtbezirk sehr heftig. Am beiden Tagen kam es insamt 18 Fällen zu größeren Zusammenstößen. Am 6. Dezember, den 7. Dezember, bei dem ein Verleser durch Ungehöriges, eine andere durch Siebe aus dem Kopf mit Gummistümpfen erheblich verletzt wurde. Weitere Ermittlungen nach den Tätern, die von dem einen Verleser als Angehörige des Stahlwerks ihm bekannt sein wollen, sind im Gange. Ein weiterer Verleser wurde ebenfalls am 7. Dezember nachmittags am Gewerbefachschule-Dort kam es zwischen Angehörigen der hiesigen Gewerkschaften und des Reichshausers zu einem Zusammenstoß, im Verlauf dessen die ersten in das Gewerbefachschule einbringenden Verleser und dabei auch kleinere Streifen einer Windanlage vertrieben wurden. Nach Eintreffen der Polizei fand, da von der Gegenpartei behauptet wurde, daß auch Schüsse von Seiten der Angreifer gefeuert wären, eine Durchsuchung sämtlicher Kraftanlagen der beteiligten Verleser durchgeführt. Hierbei wurden bei zwei Personen zwei Schrotflinten gefunden und vier Gummistümpfe beschlagnahmt. Angeklagte ist erfolgt. Zu Verlesungen von Personen ist es bei dem letzten Zusammenstoß nicht gekommen.

Achtung, Parteiorganisation! Die Reichstagskommunisten sind unersichtlich im Ortsbureau.

Wichtig, Parteifunktionäre! Die Reichstagskommunisten sind unersichtlich im Ortsbureau.

Wichtig, Parteifunktionäre! Die Reichstagskommunisten sind unersichtlich im Ortsbureau.

Wichtig, Parteifunktionäre! Die Reichstagskommunisten sind unersichtlich im Ortsbureau.

Kommunistische Jugend Halle

Heute abend um 8 Uhr im "Volkspar" wichtige

Mitgliederversammlung

Alle Mitglieder müssen unbedingt erscheinen. Ein Genosse aus Berlin wird sprechen. Die Ortsleitung.

SPD. und Ordnungsbund gegen Amnestie

Wahlbuß der Bürgerlichen mit Aufwertungsschwindel — Korruptionsversuche des Magistrats — Steinbrü, der Brittenkolle

Die Wahlen sind vorüber. Da gehört es auch, daß auch im Stadtparlament die Leute von der Morgens-Einheitsfront sich unerschrocken zeigen und ihren erkauften Wählern mit bruttalen Mißtrauensfähigkeiten zu Nichts führen, daß sie, wieder einmal, alles versprochen und nichts gehalten haben. Die Tagesordnung der gestrigen Stadtratsensitzung hat hierzu ausreichende Gelegenheit. Am deutlichsten wurde die Sache in der Aufwertungssache, die in Punkt 10 zur Besprechung kam. Ein vom Ordnungsbund eingehender Antrag zur Verjüngung der Stadteingliederung, "aus sittlichen Gründen", behauptet sie — wurde für ein halbes Jahr zurückgestellt. Es war wieder einmal alles bluff. Es war aus bluff, als man mit einem Antrag heraustritt, der das Fahrpersonal der Straßenbahn und die bei den hiesigen Werkstätten beschäftigten Gemeindegewerkschaften in das Angestelltenverhältnis überführt.

Als aber die Punkte in Sprache kamen, bei denen es nicht ging, irgendwelchen Vorintentionen zu dienen, gleich der Bürgerbuß einem aufgeregten Wählernorm. Die Anträge der kommunistischen Fraktion an den Magistrat, ob bekannt sei, daß

im Jahre 1923/24 von den hiesigen Bergwerken an Personen, die nicht in den Werken beschäftigt sind, größere Mengen Kohle geliefert wurden, die zum Teil als Depuitat, zum Teil überhaupt nicht verbraucht worden sind, wurde unbeantwortet gelassen, das böse Gewissen schlich durch den Saal. Die ganz bewußte Arbeiterfischerei dieses Hauses wurde deutlich, als die Maßregelung der hiesigen Arbeiter durch den Magistrat zur Sprache gebracht wurde. Mit wolleim Recht brandmarkte Genosse Kilia den Wählergeistigen des Magistrats als Korruption, und Herr Basse wüthende Ordnungsbund bestätigten nur, daß diese Bestätigung das Richtige getroffen hätte. Da brachte es niemand zu unterbreiten, daß die Kommission kapitalistischer Interessenträger und ihre sozialdemokratischen Schützengel gegen den kommunistischen Antrag wandten, der beschließen sollte:

an die Reichs- und Landesregierung das Ersuchen zu richten, eine allgemeine Amnestie aller politischen Gefangenen unerschrocken in der Wege zu setzen.

Auch hier war es — wie im alten Reichstag — ein Demokrat, der die proletarischen Gefangenen aus unsittigste beschimpfte und mit hämischen Räuden die Kämpfer für die Verjüngung der Arbeiterklasse als Räuber und Mörder bezeichnete. Es war Herr Winzer, der sich ja in solchen Fällen immer als Schwärmer gekannt hat. Er wußte es niemand zu unterbreiten, daß die Arbeiterklasse hinter ihm in latenteinigen Formeln geführten Gebetsbuch, hinter die schwarzeröge Weimarer Verfassung. Sie wollten sich "an ihrer Stelle" nicht zur Amnestie äußern. Jawohl, die Wahl ist vorüber. Die Sozialdemokraten hatten es sich — besonders im Bezirk Mitteldeutschland — vorher einige Protokolllisten kosten lassen für die politischen Gefangenen. Diesmal aber steigten sie ihre große Freude darüber, daß die aufrechten Klassenkämpfer hinter Steinbrü und Proletiaten. Diese sind es, die auch den Rerrat der SPD. am Reichstagen am deutlichsten erkennen und am stärksten brandmarken. Gibt es hier doch keine Amnestie, als Gegenwert für das Ja-Sagen zu diesem kommunistischen Antrag zur Verjüngung des Stadtparlaments abstimmen zu verlangen, wie es Toni Sender im Reichstag der kommunistischen Fraktion angeboten hatte!

Nichts für die politischen Gefangenen tun und alles, was die Proleten angeht, verschleppen. Dasin geht das Sinuen und Trachten des Ordnungsbundes. So wurde auch der Antrag der kommunistischen Fraktion, den ausgeführten Erwerbslosen vor Weihnachten 50 bzw. 25 Mk. zu bewilligen, an den Haushaltsausschuß verwiesen.

Während die Vertreter der Bourgeoisie also ihre brutale Klassenpolitik betrieben, sofauchten von der Marktwirtschaft evangelische Jungmännerchorle launischweise Choräle über die Stadt. Diese Politik der Schwelger nach außen, hinter die brutale Gemeindefürsorge, die sich nicht über den Ansehen des Sozialisten stellt, dieses Gefächter zum Tausch jagt und die Macht in seine Hände nimmt.

Sitzungsbericht

Die ersten Punkte der Tagesordnung, Wahl von Beisitzern und Stellvertretern für das Ausschussamt und Uebertragung von Gutachten, das das Hospital, wurde ohne Debatte abgetan. Bei Punkt 3 kommt es zu einer Ausrede. Der Magistrat beantragt nämlich zur Auslösung von Arbeitsangehörigen an der Marktwirtschaft von 5000 Mk. zu bewilligen. Die SPD. lehnt, nachdem vom Ordnungsbund für diesen Antrag eingetreten wurde, die Zustimmung ab, daß die Stadt Mittel für fällige Reparaturen bewilligen soll. Der Antrag wird mit dem Stimmen des Bürgerbundes und der Wählerlichen angenommen.

Weiter wird über die Beteiligung von Mittel für Stadtbauwesen in Mitteldeutschland verhandelt. Genosse Kilia hat dabei herau, daß die Gebung eine Notwendigkeit ist, daß die Kosten dafür aber unbedingt der Staat und nicht die Gemeinde tragen muß. Baurat Fock ist sich gezwungen, dem Genossen Kilia rechtzugeben, macht aber darauf aufmerksam, daß es jetzt nicht möglich ist, den Staat zu veranlassen, diese Kosten zu tragen. Der Antrag wird gegen die Stimmen der kommunistischen Fraktion angenommen.

Zur Ergänzung der Einrichtungsgegenstände für das Alters- und Asylheim werden 13 400 Mk. bewilligt.

Am 15. September hatte der Ordnungsbund einen Antrag eingebracht, daß jeder über eine Verbindung der Stadtteilen beraten werden sollte. Die kommunistische Fraktion hatte einen Zielantrag gestellt, der forderte, daß der Führer der Sparkassienvereine, dessen Aufwertung erfolgen sollte, nicht mehr als 3000 Mk. Jahresentlohnung haben dürfte. Es wurde vom Vertreter derselben Fraktion, die den Hauptantrag eingebracht hatte, verlangt, daß eine Verhandlung um sechs Monate inaktive in der Folge, weil angeblich keine Geldmittel zur Verfügung seien. Der Zielantrag wurde gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen, und somit konnte auch der Zulageantrag des Genossen Anglein angenommen werden.

Punkt 12 der Tagesordnung fordert eine Vorlage, nach welcher 1. das Fahrpersonal der Straßenbahn (Wagenführer und Schaffner) in das Angestelltenverhältnis zu überführen ist; 2. die bei den hiesigen Werkstätten beschäftigten Gemeindegewerkschaften in gebodener Stellung (Wohler usw.) ebenfalls in das Angestelltenverhältnis aufzunehmen sind.

Nach Begründung dieses Antrages behauptet Stadtrat Schulzen, es sei nicht möglich, den Angestelltenapparat des Magistrats zu vergrößern, da hier Sperrverhältnisse bestehen. Behauptend sind die Ausführungen des bewußtlosen Zerstörer des Hugs zu dieser Sache. Er empfiehlt, daß etwas in dieser Richtung zu tun, allerdings nur für langjährig bewährte Leute, für die das eine Ehre sein würde, dem Magistrat nur geringe Kosten verursachen. Genosse Pärtel: Er ist eigenartig, daß die Herren, die den Antrag unterbreiten haben, sich so warm für die Beamten einlegen. Gerade Herr Zwanzig, der diesen Antrag befürwortet, hat sich bei der Beratung des Gemeindegewerkschaften als Reaktionaler erwiesen. Wir stimmen grundsätzlich für alle Verbesserungen, sondern nur einen Wahlbuß. Dafür ist es jetzt zu spät.

Bei der Verhandlung der nächsten Tagesordnungspunkte stellt sich heraus, daß die Renten für hiesige Arbeiter ungenügend niedrig sind. Sie betragen im Monat nur 6, 8 bis 10 Mk. Es soll in einer Prüfung über die Erneuerung der Grundlage für die Berechnung der Renten eingetreten werden. Der Antrag wird dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Jetzt soll die Interpellation der kommunistischen Fraktion an den Magistrat zur Sprache kommen. Der Oberbürgermeister erklärt, daß der Magistrat nur antworten könne, wenn ihm familiäres Material über die Sache unterbreitet würde. Es war beabsichtigt, eine Anfrage zu stellen, was der Magistrat beabsichtigt sei, daß von den hiesigen Bergwerken an Personen, die nicht in den Bergwerken beschäftigt wurden, größere Mengen Kohle nicht verbraucht wurden, die zum Teil als Depuitat, zum Teil überhaupt nicht verbraucht worden sind. Es wird eine Unterbrechung unter Teilnahme von Vertretern der Stadtratsmehrmehrheit verlangt. Der Herr Herrmann, der die Worte des Oberbürgermeisters zum Anlaß, über den Punkt hinwegzugehen zu wollen, Genosse Kilia aber forderte eine Beschäftigungsbefehle dazu. Er stellte den Tafelband der Materialunterbreitung folgendemahen hin: Wir haben uns geeinigt, dem Verlangen des Abgeordneten für die Bergwerke zu entsprechen, da wir wissen, daß diese nicht mehr nennen können. Wir werden nach der Stunde Punkt verbarren müssen. Wenn die Jugendorganisationen namentlich unterbreitet würden, könnte die Gefahr bestehen, daß von irgendeiner Seite eine Beeinflussung herbeiführt und die ganze Sache verunmöglicht würde.

Im Übrigen hat Herr Stadtrat Bögg Kenntnis von dem Taterhandelt.

Herr Kise behauptet, was nichts zu wissen, da er greift der Genosse Kilia zu dem Wort und stellt fest, daß in der letzten Sitzung von der kommunistischen Fraktion eine Unterbrechung der Angelegenheit beantragt worden war, an der Mitglieder der Stadtratsmehrheit teilnehmen sollten. Weil das nicht geschehen ist, wurde das Material verworfen, das in diesen fälligen Kreise aus dem Stadtratsbesitz entlassen mit darunter:

Herr Professor Steinbrü soll 56 Zentner Kohlen erhalten haben.

Bulle springt während der Sitzung und behauptet, dies geschähe nicht nur in Halle, sondern auch in Berlin. Die Sitzungsdirektion herrscht bestimmtes Schweigen ob dieser Entäußerung.

Der letzte Punkt der Tagesordnung ist ein Antrag der kommunistischen Fraktion, an die Reichs- und Landesregierung das Ersuchen zu richten, allen politischen Gefangenen Amnestie zu gewähren. Genosse Richter begründet ausführlich diesen Antrag und schlägt die folgenden Punkte vor, die sich hier in Halle ereignen haben. Danach folgte:

Die revolutionäre Arbeiter an Jahre unerschrocken im Aufbruch.

Sie hinterlassen eine große Familie, und es ist Pflicht der Stadt, diese Hinterbliebenen zu unterstützen. Daher verlangt der zweite Absatz dieses Antrages:

An die Angehörigen der in Halle wohnenden politischen Inhaftierten aus Mittel der Stadt Winterbach an Kohle, Kartoffeln, Kleidungsgegenstände zu verbollegen.

Von bürgerlicher Seite und von der SPD. werden die Ausführungen des Genossen Richter durch laute Zusicherungen unterbrochen, außerdem unterhalten sie sich demonstrativ während der gesamten Dauer seiner Rede. Stadtratsmitglied Winzer, Demokrat, beschließt in unwürdiger Weise die politischen Gefangenen, und Herr Schumann von der SPD. lehnt es ab, überhaupt auf den Antrag einzugehen. Stadtrat Wetzel berichtigt, daß die Hinterbliebenen der Gefangenen der Armenhäuser unterstützen. Als ein des kommunistischen Antrages wird mit dem Stimmen des Ordnungsbundes und der SPD. abgelehnt. Was ist nicht angenommen.

Nun folgt die Ausrede über einen Antrag der SPD., die gemachten Vorschläge sofort wieder einzuführen. Schaumburg gibt die Tatsachen bekannt, wonach der Magistrat wiederholt verurteilt wurde, den Schlichtungsanspruch anzuerkennen, daß dies aber nicht geschehen ist, sondern der Magistrat den ausgeführten Arbeitern Arbeitslöhnen in beträchtlicher Höhe angeboten hat.

Genosse Kilia verlangte, daß ein Schlichtungsanspruch vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit bezahlt werden muß. Es ist allerdings zu bezweifeln, ob in diesem Hause die Arbeiter ihr Recht bekommen können. Das wird und muß wo anders geschehen. Deshalb wird ein Verhandlungsantrag abgelehnt und nun wird zum zweitenmal angenommen, daß der Magistrat die Arbeiter zu unterstützen hat.

In einem die Einkommensfragen fordert die kommunistische Fraktion, daß den ausgeführten Erwerbslosen als Weihnachtsgabe 50 Mark für Ehepartner und 25 Mark für ledige Erwerbslose werden. Die Not dieser Verrufen der Armen ist ungenügend groß, sie bekommen nicht mehr als eine einmalige Unterbrechung von 3 Mark, und es muß unbedingt etwas getan werden. Von Seiten des Ordnungsbundes wird beantragt, die Sache dem Haushaltsausschuß zu übergeben und dies geschieht im Tag der Beratung unter Genossen tagen. Sie können, da sie ja im Haushaltsausschuß nicht vertreten sind, ihren Antrag nicht selbst vorlesen und beschließen, daß man ihn ablehnen oder abschwächen wird. Außerdem wird die Verschleppung sich nach Weihnachtsdauern, und Buße muß ausdrücklich bekräftigen, daß vor Weihnachten noch eine Stadtratsversammlung abgehalten wird.

Dieses alles geschieht, damit die „Heher“, wie sie der Magistrat aussieht, auf der Straße bleiben.

Dafür will man es sich solche unerschrocken Korruptionssummen lassen lassen. Es muß ganz energig gefordert werden, daß diese Sache sofort abgeändert wird, jede Verzug bedeutet Erhöhung der Steuern und die Gefahr, daß die Arbeiter ihre Arbeit verlieren. Die Wiederaufnahme der Arbeit bezahlt werden muß. Es ist allerdings zu bezweifeln, ob in diesem Hause die Arbeiter ihr Recht bekommen können. Das wird und muß wo anders geschehen. Deshalb wird ein Verhandlungsantrag abgelehnt und nun wird zum zweitenmal angenommen, daß der Magistrat die Arbeiter zu unterstützen hat.

In einem die Einkommensfragen fordert die kommunistische Fraktion, daß den ausgeführten Erwerbslosen als Weihnachtsgabe 50 Mark für Ehepartner und 25 Mark für ledige Erwerbslose werden. Die Not dieser Verrufen der Armen ist ungenügend groß, sie bekommen nicht mehr als eine einmalige Unterbrechung von 3 Mark, und es muß unbedingt etwas getan werden. Von Seiten des Ordnungsbundes wird beantragt, die Sache dem Haushaltsausschuß zu übergeben und dies geschieht im Tag der Beratung unter Genossen tagen. Sie können, da sie ja im Haushaltsausschuß nicht vertreten sind, ihren Antrag nicht selbst vorlesen und beschließen, daß man ihn ablehnen oder abschwächen wird. Außerdem wird die Verschleppung sich nach Weihnachtsdauern, und Buße muß ausdrücklich bekräftigen, daß vor Weihnachten noch eine Stadtratsversammlung abgehalten wird.

Sie wird in die nicht öffentliche Sitzung eingetreten.

